***Haushaltsrede
zur Stadtverordnetenversammlung am 18. September 2013
(Nachtragshaushaltsplan 2013)***

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Magistrat legt Ihnen heute den Entwurf eines Nachtragshaushaltsplanes für das Jahr 2013 vor. Dies wurde erforderlich, weil in einer Reihe von Einnahme- und Ausgabepositionen Änderungsbedarf besteht, auch wenn im Prinzip die große Mehrzahl der Haushaltsansätze unverändert fortgeschrieben werden konnte. Die Haushaltssituation der Stadt Wetzlar ist zwar vom Land Hessen nicht in der Weise bewertet worden, dass wir zum Kreis der „Schutzschirmkommunen“ gehören, wie etwa unsere Nachbarstadt Gießen oder der Lahn-Dill-Kreis, die eine Schuldenbeihilfe des Landes erhalten haben. Dafür müssen sie allerdings im Gegenzug einen Teil der Haushaltssouveränität im Rahmen einer Konsolidierungsvereinbarung abgeben. Dennoch leiden wir weiterhin daran, dass die wesentliche Steuereinnahme der Stadt Wetzlar, nämlich das Gewerbesteueraufkommen, noch weit hinter dem Niveau der Jahre 2007 und 2008 zurückliegt und damit eine auskömmliche Haushaltssituation im Ergebnishaushalt nicht gegeben ist.

Im Gegensatz zur kameralen Haushaltswirtschaft bis einschließlich 2008 kommt hier verstärkend dazu, dass Abschreibung und Zuführung zu den Pensionsrückstellungen vollständig durch Einnahmen ausgeglichen werden müssen und damit die Hürden für einen Haushaltsausgleich seit 2009 höher liegen. Andererseits ist die Ertragsstruktur der in Wetzlar ansässigen Unternehmen mit ihrer überwiegend traditionsreichen Industrie schwächer als zum Beispiel in Marburg mit der Pharmaindustrie oder in Bad Homburg mit den Finanzdienstleistern, wo in beiden Städten das Gewerbesteueraufkommen rund doppelt so hoch wie in Wetzlar liegt und damit naturgemäß eine durchaus vergleichbare Infrastruktur wie in Wetzlar besser finanziert werden kann.

Hoffnungsvoll sehen wir in diesem Zusammenhang der derzeit größten Investitionsmaßnahme im gewerblichen Bereich im Leitz-Park entgegen, wo bei zukünftig hoffentlich gleichbleibend guter Ertragslage der Leica Camera AG auch gewerbsteuerliche Impulse für die Stadt Wetzlar erwartet werden können.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie einladen, dass wir uns einige wesentliche Veränderungen in der Haushaltsentwicklung gemeinsam im Rahmen der Übersicht des Gesamtergebnishaushaltes und des Gesamtfinanzhaushaltes betrachten. Dazu bitte ich Sie, Seite 25 des Ihnen ausgehändigten Haushaltsplanentwurfes aufzuschlagen. Im Bereich der Erträge können Sie erkennen, dass diese von bisher rd. 112,6 Mio. € auf rd. 111,3 Mio. €, d. h. um mehr als 1,3 Mio. € zurückgegangen sind. Ausschließlicher Grund für diesen Rückgang der Aufwendungen sind die in der Position 5 enthaltenen rückläufigen Einnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen, die für das Jahr 2013 von nunmehr 35 Mio. € brutto auf 33 Mio. € aufgrund der zwischenzeitlichen Erkenntnislagen zurückgefahren werden müssen. Sie sehen hier den Rückgang um rd. 1.953.000 € in der Kumulierung mit anderen Steuerarten. Auf der Einnahmenseite des Gesamtergebnishaushaltes können Sie unter Position 7 einen Zuwachs von rd. 450.000 € erkennen, der die Verluste durch Gewerbesteuer etwas abfedert. Es handelt sich hier im Wesentlichen um erhöhte Zuschüsse des Landes für den Kindertagesstättenbereich, wobei ein größerer Betrag, nämlich rd. 205.000 €, auch auf der Ausgabenseite des Haushaltes für die freien Träger von Kindertagesstätten als durchlaufender Posten sich wieder niederschlägt.

Im Bereich der ordentlichen Aufwendungen, nämlich der Positionen 11 bis 19 des Gesamtergebnishaushaltes, ist zunächst unter Position 11 erkennbar, dass die Personalaufwendungen um 337.000 € gegenüber dem bisherigen Haushaltssoll abgesenkt werden können. Es ist Ihnen bekannt, dass im Zuge der Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidenten dieser gefordert hatte, dass die Personalkosten auf rd. 36 Mio. € gedeckelt werden sollen. Dieses Ziel konnte nahezu vollständig erreicht werden. Der darüber hinausgehende Betrag von rd. 39.000 € ist ausschließlich durch die Tarifierhöhung bei der Beamtenbesoldung begründet.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen unter Position 13, die jetzt bei rd. knapp 15,4 Mio. € liegen, haben sich um rd. 283.000 €, d. h. um rd. 2,6 % erhöht.

Dies ist im Wesentlichen durch erhöhte Instandhaltungsaufwendungen begründet, davon entfallen rd. 83.000 € auf den Gebäudebereich und rd. 138.000 € auf Instandhaltung und Bewirtschaftung unserer Kanäle und Straßen. Bei der übernächsten Position 15, den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen, die um rd. 252.000 € steigen, ist diese Veränderung im Wesentlichen durch die bereits erwähnte Durchleitung von über 200.000 € Zuschüssen des Landes an die Freien Träger der Kindertagesstätten bedingt.

Der Rückgang der Aufwendungen in Position 16 – Steueraufwendungen – um 277.000 € hängt mit dem Rückgang der Gewerbesteuer zusammen und beinhaltet im Wesentlichen die niedrigere Gewerbesteuerumlage. Es verbleibt unter Position 17 – Transferaufwendungen – ein nicht unerheblicher Zuwachs von 872.000 € auf nunmehr rd. 7,8 Mio. €. Diese Veränderung beruht nahezu ausschließlich auf gestiegenen Jugendhilfeaufwendungen. So sind beispielsweise die Heimerziehungskosten, wie sie auf Seite 192 des Haushaltes erläutert sind, alleine um über 342.000 € angestiegen. Bekanntermaßen führen bereits geringe Fallzahlensteigerungen aufgrund der hohen Einzelfallkosten schnell zu gravierenden finanziellen Veränderungen im Haushalt.

Unter dem Strich verschlechtert sich damit das Verwaltungsergebnis um rd. 2,2 Mio. €. Allerdings kann das Finanzergebnis (siehe Position 23 der Übersicht) noch zu einer leichten Verbesserung beitragen:

Einerseits steigen die Finanzerträge insbesondere aufgrund erhöhter Verzinsung von Steuernachforderungen um rd. 200.000 €, während andererseits unser Zinsaufwand trotz der in diesem Jahr wiederum gestiegenen Schuldenhöhe aufgrund des niedrigen Zinsniveaus um rd. 205.000 € gegenüber der bisherigen Planung abgesenkt werden kann.

Die Verbesserung des Finanzergebnisses in Höhe von rd. 406.000 € (siehe Position 23) führt schließlich dazu, dass das Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen im Haushaltsfehlbedarf nur um 1,8 Mio. € gegenüber dem ursprünglichen Plan ansteigt. Anders herum gesagt, den rd. 119 Mio. € Aufwendungen der Stadt im Ergebnishaushalt stehen rd. 112,5 Mio. € Einnahmen gegenüber, so dass eine Deckungslücke in Höhe von rd. 6,5 Mio. €, d. h. von rd. 5,5 % im Haushalt besteht.

Hätten wird die Gewerbesteuer nicht um rd. 2 Mio. € absenken müssen, so hätten sich Mehrbelastungen und Mehrerträge im Nachtragshaushalt nahezu aufgehoben.

Meine Damen und Herren,

da die Stadt nunmehr im dritten Jahr keinen Haushaltsausgleich mehr herbeiführen kann, dürften sich die Auflagen des Regierungspräsidenten für das kommende Haushaltsjahr eher verschärfen als leichter werden. Kompliziert wird die haushaltswirtschaftliche Perspektive auch noch dadurch, dass durch die Inbetriebnahme neuer Gruppen für die U3-Betreuung in den Kindertagesstätten und den Betrieb der neuen Kindertagesstätte „Spilburg“ mehr als zehn Personalstellen zusätzlich in 2014 zu finanzieren sein werden. Dies bedeutet, dass ein Spielraum für andere Ausgabenerweiterungen im Ergebnishaushalt nicht gegeben ist und im Gegenteil weitere Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen unvermeidlich sein werden. Ich bitte insoweit um Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis, auch im Hinblick auf Wünsche einzelner Gruppierungen oder Ortsbeiräte.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns nun auf der Seite 26 noch einen Blick auf die Entwicklung des Gesamtfinanzhaushaltes werfen. Wenn Sie hier die Position 25 – Auszahlungen für Baumaßnahmen - betrachten, die von bisher rd. 16,3 Mio. € auf rd. 13,5 Mio. €, d. h. um rd. 2,8 Mio. € reduziert werden, so wird darin deutlich, dass zahlreiche Vorhaben hinsichtlich ihrer Kassenwirksamkeit überprüft und teilweise in Verpflichtungsermächtigungen umgeschichtet worden sind. Dies findet sich in einer Vielzahl von Einzelpositionen, insbesondere in den Produkten des Straßen- und Kanalbaues, wieder. Andererseits sind die unter Position 21 auszuweisenden Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen um rd. 1,6 Mio. € reduziert worden. Hier geht es insbesondere darum, dass Grundstücksverkäufe sich teilweise aus dem Jahre 2013 in das Jahr 2014 – Stichwort „Rasselberg“ – verlagert haben. Diese geringeren Einnahmen bedingen auch, dass trotz des um rd. 2,8 Mio. € reduzierten Investitionsvolumens die Aufnahme von Krediten (siehe Position 31) lediglich um rd. 1,3 Mio. € reduziert werden konnte und nunmehr rd. 7,4 Mio. € beträgt. Dem stehen allerdings auch Tilgungsleistungen (siehe Position 32), die um rd. 85.000 € erhöht sind, in Höhe von rd. 3,3 Mio. € entgegen.

Meine Damen und Herren,

wenn wir den Finanzierungsbedarf aus dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt zusammennehmen, so haben wir aus dem Ergebnishaushalt rd. 1,8 Mio. € Mehrfinanzierungsbedarf, der letztlich durch Kassenkredite abzudecken ist, während wir im Finanzhaushalt rd. 1,3 Mio. € geringeren Kreditbedarf, der über langfristige Kreditaufnahmen zu finanzieren wäre, in die Betrachtung einbeziehen müssen. Per Saldo erhöht sich damit der Gesamtfinanzierungsbedarf für die Stadt um rd. 0,5 Mio. €. Die Schwankungen, die sich durch den Finanzierungsbedarf zwischen den vierteljährlich sich ergebenden Steuereinnahmeterminen ergeben, bedingen gleichwohl, dass der Kassenkreditrahmen auf 65 Mio. € angehoben werden müsste, da in diesem Rahmen auch der Liquiditätsbedarf der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften, allerdings gegen Zinserstattung, abgedeckt werden muss.

Meine Damen und Herren,

zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Haushaltslage der Stadt Wetzlar weiterhin schwierig ist und der durch die nicht befriedigende Ertragslage unserer heimischen Unternehmen bedingte Rückgang des Gewerbesteueraufkommens den Nachtragshaushalt 2013 prägt. Niedrigere Personalkosten, niedrigere Zinsaufwendungen und weitgehend konstante Sachaufwendungen können bei gleichzeitig steigender Jugendhilfeaufwendungen diesen Ausfall nicht kompensieren. In der Vorausschau für den Haushalt 2014 bedeutet dies, dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen müssen, um schrittweise dem gebotenen Haushaltsausgleich wieder näher kommen zu können.

Abschließend möchte ich mich bei allen städtischen Ämtern, insbesondere der Kämmererei, für die vielfältigen Aufgaben bedanken, die im Vorfeld der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplanes zu bewältigen waren und bitte um eine faire und sachgerechte Beratung des vorgelegten Haushaltsplanentwurfes.